

Sailer, Matthias

Research Report

Veränderte Prioritäten am Golf: Saudi-Arabien und die Emirate überdenken ihre Beziehungen zu Ägypten

SWP-Aktuell, No. 1/2016

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Sailer, Matthias (2016) : Veränderte Prioritäten am Golf: Saudi-Arabien und die Emirate überdenken ihre Beziehungen zu Ägypten, SWP-Aktuell, No. 1/2016, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255345>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veränderte Prioritäten am Golf

Saudi-Arabien und die Emirate überdenken ihre Beziehungen zu Ägypten

Matthias Sailer

Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) dürften ihre Geldgeschenke an Ägypten unter Präsident Abdel Fattah al-Sisi in Zukunft deutlich weniger großzügig ausfallen lassen. Denn Saudi-Arabien hat sich unter dem seit einem Jahr amtierenden König Salman der Muslimbruderschaft angenähert, die vom ägyptischen Regime als Ursache allen Übels dargestellt wird. Riads übergeordnete Priorität ist heute, den regionalen Einfluss Irans, vor allem im Jemen und in Syrien, einzudämmen. Doch gerade in Syrien weicht Sisis Position von der Saudi-Arabiens ab. Darüber hinaus ist man in Riad wie auch in Abu Dhabi frustriert, weil Erfolge bei der Verbesserung von Ägyptens Wirtschafts- und Sicherheitslage ausbleiben. Niedrige Ölpreise sorgen zudem für eine restriktivere Ausgabenpolitik am Golf. Für Deutschland und die EU bietet sich damit erstmals seit dem Sturz von Präsident Mohammed Mursi die Gelegenheit, in Ägypten mittels konditionierter finanzieller Unterstützung auf mehr politische Teilhabe und bessere Regierungsführung zu drängen.

Zwischen 2011 und dem Tod des saudischen Königs Abdallah im Januar 2015 waren die Regionalpolitiken Saudi-Arabiens und der VAE vor allem darauf gerichtet, ein Übergreifen des sogenannten Arabischen Frühlings auf die Arabische Halbinsel zu verhindern. Für die Herrscher der beiden autokratisch regierten Golfstaaten stellten diese Aufstände eine existentielle Bedrohung dar. Bereits 2011 ließ sich daher auch beobachten, wie eine Militarisierung der Außenpolitiken beider Länder einsetzte. Sie vollzog sich parallel zur Verringerung des militärischen Engagements der USA – des jahrzehntelangen Sicherheitsgaranten – in der Region. Deutlich sichtbar wurde eine auf mili-

tärische Mittel setzende Außenpolitik erstmals im März 2011. Damals marschierten Militär- und Polizeieinheiten des Golfkooperationsrates, vor allem aus Saudi-Arabien und den VAE, in Bahrain ein. Sie sollten die dortige Herrscherfamilie dabei unterstützen, einen Volksaufstand gewaltsam niederzuschlagen. Bahrains Führung beschuldigte seinerzeit Iran – allerdings ohne Beweise vorzulegen –, die überwiegend schiitische Bevölkerung des Landes gegen das sunnitische Herrscherhaus aufzustacheln.

Doch die größte Bedrohung sahen die beiden Führungen am Golf zunächst in der Muslimbruderschaft. In Ägypten ging die Organisation aus den ersten demokrati-

schen Wahlen 2011/2012 als Gewinnerin hervor, in Tunesien erhielt 2011 die der Bruderschaft nahestehende Ennahda die meisten Stimmen. Die Regime beider Golfstaaten befürchteten, die immer mehr politischen Einfluss gewinnende Bruderschaft könnte von Ägypten aus ihre Herrschaftssysteme unterminieren. In den 1950er und 1960er Jahren waren viele Mitglieder und Sympathisanten der ägyptischen Muslimbruderschaft vor der Unterdrückung im eigenen Land nach Saudi-Arabien und in die VAE geflohen. In den Golfstaaten sah man die meist gut ausgebildeten Immigranten ursprünglich als Gewinn für den damals im Aufbau befindlichen Bildungssektor. Als Lehrer konnten sie jedoch auch ihre Ideologie verbreiten. Daneben begannen sie zivilgesellschaftlich aktiv zu werden, etwa im Wohltätigkeitsbereich. Als sich die Muslimbrüder zunehmend politisch engagierten, wurden ihre Aktivitäten in den 1990er Jahren in Saudi-Arabien und den VAE verboten. 2011 hatte man am Golf die Sorge, die ägyptische Bruderschaft könnte die von ihrer Ideologie beeinflussten Bevölkerungsteile dazu aufstacheln, sich gegen das bestehende Herrschaftssystem zu erheben. Wie bedrohlich dieses Szenario auf die Herrscher der VAE wirkte, zeigen die dort zwischen April 2011 und November 2014 gegen mehr als 100 Personen eingeleiteten Gerichtsverfahren. Den meisten Angeklagten wurde vorgeworfen, eine geheime, der Muslimbruderschaft zuzurechnende Organisation gegründet zu haben, um das Regime der VAE zu stürzen. Unter den Angeklagten waren auch einige Ägypter.

Neben der Furcht vor einem durch die Muslimbruderschaft geförderten »Revolutionsexport« bestand auch die Sorge, Ägypten könnte sich unter der Herrschaft der Organisation Iran annähern. Mohammed Mursi reiste im August 2012 als erster Präsident Ägyptens seit der Revolution von 1979 nach Teheran. Weitere Staatsbesuche zwischen beiden Ländern folgten. Die Muslimbruderschaft betonte zwar, diese Aufwertung Irans sei nicht gegen die arabischen Golfstaaten gerichtet. Dort aber blieb man

skeptisch. Als ein hochrangiger Funktionär der Bruderschaft im Juni 2013 äußerte, die VAE würden »Sklaven der Perser« werden, sahen sich die Herrscher der Emirate in ihren Ängsten bestätigt. Ägypten als das bevölkerungsreichste arabische Land, in dem zudem der Ursprung der Muslimbruderschaft liegt, nahm in der Bekämpfung der Organisation für Saudi-Arabien und die VAE zunächst eine Schlüsselrolle ein.

Gegenspieler Katar

Auf der anderen Seite standen die Herrscher Katars, die die Muslimbrüder unterstützten. Sie sahen im Aufstieg der Organisation eine Chance, ihren regionalen wie internationalen Einfluss weiter auszudehnen. Seit Jahrzehnten pflegte das Land enge Beziehungen zu den Muslimbrüdern und anderen islamistischen Organisationen. Es schien daher naheliegend, dass Katar zu den Hauptprofiteuren eines Führungswechsels in den arabischen Umbruchländern gehören würde. Doch mit Mursis Sturz im Juli 2013 und der anschließenden Unterdrückung der Muslimbruderschaft durch Ägyptens Militärregime wurde klar, dass diese Strategie nicht aufging. Von da an musste die katarische Führung zunehmend einsehen, dass sie ihre bisherige Außenpolitik nicht gegen den Willen Saudi-Arabiens und der VAE fortführen konnte, die beide das neue Regime in Kairo unterstützten.

Als Saudi-Arabien, die VAE und Bahrain im März 2014 ihre Botschafter aus Katar abzogen, wurde der Druck zu groß, und gegen Ende des Jahres sah es bereits so aus, als würde sich Katar der Position seiner einstigen Kontrahenten annähern. So gab die katarische Führung damals mehreren im Land lebenden Spitzenfunktionären der Muslimbruderschaft zu verstehen, dass ihre Anwesenheit Katar unter großen Druck setze, worauf diese das Land verließen. Damit kam das Emirat teilweise der Forderung der VAE und Saudi-Arabiens nach, ägyptischen Dissidenten keinen Unterschlupf zu gewähren. Für das Militärregime in Kairo waren das gute Nachrichten.

Das Ende des saudisch-emiratischen Anti-Muslimbrüder-Blocks

Doch die Entwicklung nahm einen anderen Verlauf. Im Januar 2015 starb der saudische König Abdallah. Kairo verlor mit ihm einen seiner wichtigsten Unterstützer. Der neue König Salman bin Abdul Aziz Al Saud vollzog einen Kurswechsel in der saudischen Regionalpolitik und leitete mit hohem Tempo die Wiederannäherung an die Muslimbruderschaft ein. Damit einher ging auch eine Wiederannäherung an Katar und die Türkei sowie eine leichte Abkühlung des Verhältnisses zwischen Riad und Abu Dhabi.

Seit Salmans Machtübernahme gab es viele Berichte über hochrangige Treffen der saudischen Führung mit Spitzenfunktionären regionaler Affiliationen der Muslimbruderschaft, so etwa mit Rachid al-Ghannouchi (Tunesien), Hammam Saeed (Jordanien) und Khaled Meshaal, dem Vertreter der palästinensischen Hamas. Ein vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung war die Einladung des einflussreichen ägyptischen Rechtsgelehrten und Fernsehpredigers Yusuf al-Qaradawi durch Riads Botschafter in Doha anlässlich des saudischen Nationalfeiertags im Oktober 2015. Kaum ein anderer symbolisiert die Abneigung gegen Ägyptens Militärregime so stark wie Qaradawi, der den Muslimbrüdern nahesteht und seit Jahrzehnten im katarischen Exil lebt.

Gleichzeitig suchte König Salman die Nähe zu Katar sowie der Türkei (das Verhältnis Ankaras zu Ägypten ist ebenfalls angespannt). Fotos von gutgelaunten Teilnehmern eines Treffens, das der katarische Emir Tamim bin Hamad Al Thani im Februar 2015 mit Mohammed bin Nayef, dem heutigen Kronprinzen Saudi-Arabiens, sowie Vize-Kronprinz Mohammed bin Salman abhielt, zeigten deutlich, dass sich die Beziehungen Saudi-Arabiens mit Katar erheblich verbessert hatten. Berater der katarischen Regierung betonen, diese Verbesserung sei schlagartig mit Salmans Machtübernahme eingetreten. Die heutigen bilateralen Beziehungen seien sehr gut.

Beleg für die Wiederannäherung ist auch die saudisch-katarische Zusammenarbeit in

den Bürgerkriegen im Jemen und in Syrien. Im Jemen, wo Saudi-Arabien Krieg gegen die Houthi-Rebellen führt, ist die Kooperation mit dem jemenitischen Islah wichtig – einer Sammlungsbewegung, die auch den lokalen Ableger der Muslimbruderschaft umfasst. Katar hat hier eine Vermittlerrolle gespielt und die beiden verfeindeten Lager wieder zusammengeführt. Die Beziehung zwischen dem jemenitischen Islah und Saudi-Arabien war zunächst feindselig geworden, nachdem Riad die Muslimbruderschaft im März 2014 zur Terrororganisation erklärt hatte.

Eine enge Zusammenarbeit mit Katar und auch der Türkei gibt es zudem seit Frühjahr 2015 in Syrien. Dort brachten die militärischen Erfolge der von Saudi-Arabien und Katar geschmiedeten Rebellenallianz Jaish al-Fatah das Regime Bashar al-Assads im Sommer des Jahres nahe an eine militärische Niederlage. Der Rebellenallianz gehören auch den Muslimbrüdern zuzurechnende Milizen an. Die Niederlage der Regimetruppen wurde letztlich durch das militärische Eingreifen Russlands im Herbst 2015 abgewendet.

VAE: Neujustierung statt Kurswechsel

Anders als Saudi-Arabien haben die VAE keinen klaren Kurswechsel gegenüber der Muslimbruderschaft vollzogen. Doch auch hier sind vorsichtige Neujustierungen erkennbar. Im Jemen zum Beispiel setzen die VAE auf Pragmatismus. Obwohl die Emirate im Kampf gegen die Houthis nicht direkt mit dem jemenitischen Islah zusammenarbeiten, unterstützen sie den saudischen Ansatz, der eine Kooperation mit der Bewegung beinhaltet. Damit läuft die Politik Abu Dhabis letztlich auf eine indirekte Stärkung dieses Akteurs hinaus.

Die Beziehungen zwischen den VAE und Saudi-Arabien sind seit Salmans Machtübernahme zwar grundsätzlich gut, bergen jedoch auch Konfliktpotential. Momentan schweißt der Krieg im Jemen die beiden Länder eng zusammen. Sobald dieser Faktor

jedoch wegfällt, könnte das Verhältnis – so Aussagen hochrangiger Berater in Abu Dhabi – vor allem wegen der unterschiedlichen Auffassungen zur Muslimbruderschaft durchaus schwieriger werden.

Die Beziehungen zwischen den VAE und Katar sind hingegen kühl geblieben. Im Zentrum der Divergenzen steht dabei Katars freundliche Haltung gegenüber den Muslimbrüdern. Der Konflikt über die Bruderschaft und den Sturz Mursis in Ägypten wurde zwischen diesen beiden Ländern mit besonderer Härte ausgetragen. Die Beziehungen haben dadurch nachhaltigen Schaden genommen.

Veränderte Bedrohungswahrnehmungen

Die bis heute andauernden Anpassungen der Golfstaaten in ihrem Verhältnis zur Muslimbruderschaft und in ihren Beziehungen untereinander sind vor einer Reihe regionaler und internationaler Entwicklungen zu sehen, durch welche sich die Bedrohungswahrnehmungen Saudi-Arabiens und der VAE gewandelt haben. Diese veränderten Perzeptionen prägen heute das Verhältnis zu Ägypten.

Geschwächte Muslimbruderschaft

Da ist zunächst die regionale Position der Muslimbrüder. Rund zweieinhalb Jahre nach dem Sturz Mursis gilt die seither gewaltsam unterdrückte Bruderschaft in den Augen Saudi-Arabiens und der VAE als geschwächt. Zwar betrachten beide Länder die Ideologie der Organisation nach wie vor als Bedrohung für das eigene Herrschaftssystem. Doch diese Bedrohung wird als eine langfristige und weniger als eine akute gesehen. Trotz dieser ähnlichen Bewertung bleibt die Abneigung gegenüber der Organisation in Abu Dhabi allerdings weit größer als in Riad. So betonen hochrangige Berater des schwer kranken Präsidenten der VAE wie auch des Kronprinzen von Abu Dhabi noch immer die große Gefahr, die ihrer Ansicht nach von der Bruderschaft

ausgeht. Auch öffentliche Äußerungen des Staatsministers der VAE für auswärtige Angelegenheiten, Anwar Gargash, unterstreichen diese Aversion. So machte Gargash Ende November 2015 den jemenitischen Islah für die Probleme bei der Rückeroberung der von den Houthis dominierten Provinz Taiz verantwortlich.

Neben den genannten Vorwürfen zu Putschplänen liegt eine mögliche Erklärung für die noch immer härtere Haltung der VAE gegenüber der Muslimbruderschaft in der Persönlichkeit von Mohammed bin Zayed Al Nahyan, dem Kronprinzen von Abu Dhabi und wichtigsten außenpolitischen Entscheider der Emirate. Mohammed bin Zayed hat eine Militärkarriere durchlaufen, und Beobachter beschreiben seine Weltsicht als stark sicherheitsfokussiert. Hinzu kommt die Abneigung des Kronprinzen wie auch einiger seiner Berater gegen Islamismus im Allgemeinen und die Muslimbruderschaft im Besonderen.

Stärkung Irans

Zur Schwächung der Muslimbruderschaft kommt die sowohl von Saudi-Arabien als auch von den VAE wahrgenommene Bedrohung durch Iran, die in ihren Augen deutlich zugenommen hat. Riads Ausscheren aus dem Block gegen die Muslimbruderschaft ist vor allem als Versuch zu werten, in einem immer weniger vorteilhaften regionalen wie internationalen Umfeld eine breite Allianz sunnitischer Staaten und transnationaler Akteure gegen den schiitischen Iran zu schmieden.

Sowohl Saudi-Arabien als auch die VAE haben sich mit der Realität des Wiener Atomabkommens mit Teheran vom Juli 2015 abgefunden. Doch obwohl die Vereinbarung in Riad und Abu Dhabi offiziell begrüßt wurde, sieht man dort hinter Irans Politik nach wie vor das Bestreben, die Vorherrschaft in der Region zu übernehmen. Medienäußerungen hochrangiger Regierungsmitglieder beider Länder im Herbst 2015 bestätigen dies. In Saudi-Arabien und den VAE dominiert die Wahrnehmung,

man könnte im Hegemonialkonflikt mit Teheran ins Hintertreffen geraten. Dass sich die USA, die am Golf ohnehin als zunehmend schwach gelten, an Iran angenähert haben, verstärkt diese Sichtweise.

Die feindselige Haltung gegenüber Iran beruht auch auf der Befürchtung der sunnitischen Golfregime, Teheran könnte die schiitischen Bevölkerungsteile in den arabischen Golfstaaten gegen die Herrscherhäuser aufwiegeln. Neben Bahrain betrifft das vor allem Saudi-Arabien, wo der Anteil an Schiiten, die sich hauptsächlich im Osten des Landes konzentrieren, bei 10 bis 15 Prozent liegt. Hinzu kommt der große Einfluss Irans in Syrien, im Libanon und im Irak.

Der Jemen als rote Linie

Wie stark Iran von Saudi-Arabien und den VAE inzwischen als Bedrohung wahrgenommen wird, zeigt sich im Jemen. Die beiden Golfstaaten möchten unbedingt verhindern, dass der iranische Einfluss sich auf die Arabische Halbinsel ausbreitet. Riad und Abu Dhabi sehen deshalb im Jemen eine rote Linie, die Iran nicht überschreiten darf. Sie beschuldigen Teheran, die jemenitischen Houthi-Rebellen zu unterstützen, die im September 2014 in der Hauptstadt Sanaa einmarschierten und die Regierung unter Präsident Abd Rabbuh Mansour Hadi aus dem Amt vertrieben. Äußerungen iranischer Politiker befördern die Wahrnehmung in Riad und Abu Dhabi, es handle sich hier um Expansionismus Teherans. So sagte ein iranischer Abgeordneter nach der Einnahme Sanaas durch die Houthis, Iran regiere nun – mit Beirut, Damaskus, Bagdad und Sanaa – in vier arabischen Hauptstädten.

Die Furcht vor Iran offenbart sich besonders deutlich an dem militärischen Engagement der VAE im Jemen. Es handelt sich hier um einen (gemessen an der geringen Größe der Emirate) umfangreichen und innenpolitisch hochriskanten Einsatz. Laut einem emiratischen General, der von Reuters zitiert wurde, kämpften Anfang Dezember 2015 etwa 4000 Soldaten aus den VAE, Saudi-Arabien, Bahrain und Sudan im

Jemen. Dabei sind die VAE mit Luftwaffe und Bodentruppen in die Kampfhandlungen involviert. Zwar existieren keine offiziellen Zahlen für das Truppenkontingent der VAE, doch lokale Beobachter schätzen deren Gesamtbeitrag höher ein als den Saudi-Arabiens. Presseberichten zufolge befinden sich in den emiratischen Reihen auch 450 lateinamerikanische Söldner. Ein Bericht des VN-Sicherheitsrates geht zudem davon aus, dass 400 Soldaten aus Eritrea in die Streitkräfte der Emirate eingebettet sind.

Wie heikel das Engagement innenpolitisch ist, zeigen Anekdoten von jungen Emiratis, die ungläubig ihren Einsatzbefehl lasen und ihn erst ernst nahmen, als sich die Militärpolizei bei ihnen meldete, weil sie nicht zum Dienst erschienen. Auch die zahlreichen medial inszenierten Kondolenzbesuche hochrangiger Mitglieder der Königsfamilien von Abu Dhabi und Dubai bei Angehörigen von Gefallenen verdeutlichen, dass sich die Führung der VAE des innenpolitischen Risikos bewusst ist. Sollte die Stimmung in der eigenen Bevölkerung gegen den Einsatz kippen, würde die Legitimität der Herrscher erheblichen Schaden nehmen. Es ist daher anzunehmen, dass die emiratische Führung dieses Wagnis nur deshalb eingeht, weil sie sich tatsächlich bedroht fühlt.

Komplexe Interessen der VAE

Auf Herrscherebene besteht in den Emiraten – trotz teils unterschiedlicher Interessen – bislang Konsens über die Notwendigkeit des Jemen-Einsatzes. Entscheidend ist dabei vor allem die Einigkeit zwischen Abu Dhabi, dem mit Abstand reichsten Emirat der VAE, und Dubai, dessen Staatsfirmen 2009 während der Finanzkrise mit etwa 10 Milliarden US-Dollar aus Abu Dhabi am Leben gehalten wurden. Dubai, das Handelszentrum der VAE, verfügt über historisch gewachsene Wirtschaftsbeziehungen mit Iran und möchte diese aufrechterhalten bzw. weiter ausbauen. Abu Dhabi hingegen sieht Iran vor allem als Bedrohung und hat daher in der Vergangenheit dem

Land gegenüber häufig eine schärfere Rhetorik an den Tag gelegt als Dubai. Dennoch ist man sich in beiden Emiraten im Grundsatz über die Bedrohungslage einig. Wirtschaftliche Interessen werden dabei von grundlegenden Sicherheitsinteressen strikt getrennt. Das zeigt sich auch in der Existenz reger Handelsbeziehungen zwischen Iran und den VAE, obwohl Iran seit 1971 drei von den Emiraten beanspruchte Inseln besetzt hält.

Neben der Bedrohung durch Teheran gibt es noch andere Gründe dafür, dass die VAE so stark im Jemen involviert sind. Laut Beratern im Umfeld des Emirs von Katar (das Teil der saudisch geführten Allianz im Jemen ist) lässt sich das militärische Engagement der VAE auch als Reaktion auf Riads Kurswechsel gegenüber der Muslimbruderschaft erklären. Denn die unterschiedlichen Positionen zu dieser Organisation belasten die bilateralen Beziehungen. Durch den großen Militäreinsatz im Jemen konnten die VAE diese wieder erheblich stärken. Damit verbessert der Einsatz auch die Verhandlungsposition Abu Dhabis bei künftigen Meinungsverschiedenheiten mit Riad.

Spezielle saudische Interessen

Auch im Falle Saudi-Arabiens führen die genannten katarischen Berater neben dem Faktor Iran eine weitere Erklärung für die Intervention im Jemen an. Mohammed bin Salman, der stellvertretende Kronprinz des Landes, ist gleichzeitig Verteidigungsminister. So habe auch die Stärkung seiner Position eine – wenngleich untergeordnete – Rolle für das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens gespielt. Denn auf diese Weise konnte der erst 31-jährige Sohn von König Salman Entschlossenheit und Durchsetzungskraft demonstrieren.

Untergeordnete Bedeutung des IS

Im Vergleich zur Eindämmung Irans hat auch der Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) für Saudi-Arabien und die VAE momentan nur untergeordnete Be-

deutung. Zwar gab es auch in Saudi-Arabien immer wieder Terroranschläge, zu denen sich der IS bekannte, zuletzt im Oktober 2015. Doch schon vor Monaten haben Riad und Abu Dhabi die Beteiligung an den Luftangriffen gegen den IS in Syrien und im Irak stark verringert. Dies macht deutlich, dass der Krieg im Jemen – und damit letztlich vor allem die Eindämmung Irans – derzeit einen höheren Stellenwert hat. Dass die von Saudi-Arabien Mitte Dezember 2015 angekündigte islamische Anti-Terror-Koalition eine Revision der Prioritäten signalisiert, ist eher unwahrscheinlich. Denn der stellvertretende Kronprinz hat bereits mitgeteilt, dass sich die Koalition nicht ausschließlich gegen den Terrorismus des IS richten werde. Zudem haben viele angebliche Mitglieder dieser Allianz bei deren Bekanntgabe offenbar gar nichts von ihrer Mitgliedschaft gewusst, was an der Ernsthaftigkeit des Bündnisses zweifeln lässt.

Außenpolitische Divergenzen mit Sisi

Die Beziehungen Saudi-Arabiens zum ägyptischen Präsidenten Sisi, dessen Herrschaft untrennbar mit der Bekämpfung der Muslimbrüder verbunden ist, befinden sich aufgrund der veränderten Bedrohungswahrnehmungen in Riad momentan an einem Tiefpunkt. Das spiegeln auch die Angriffe einiger ägyptischer Kommentatoren gegen Saudi-Arabien wider. So attackierte etwa im November 2015 der Talkmaster Ibrahim Eissa in seiner Fernsehshow die fundamentalistische Staatsreligion des Königreiches und rief: »Ihr seid der Terrorismus!« Bekannte saudische Journalisten üben inzwischen ihrerseits offen heftige Kritik an Sisi, so etwa wegen Kairoer Haltung zum Syrien-Konflikt. Erst im Oktober begrüßte der ägyptische Außenminister Sameh Shoukry das dortige Eingreifen Russlands; er wich damit von der Position Saudi-Arabiens ab, das die russischen Luftschläge vor allem als Hilfe für das von Iran unterstützte Assad-Regime sieht. Anders als für Saudi-Arabien wäre für Ägypten eine Lösung des Syrien-

Konflikts grundsätzlich auch dann akzeptabel, wenn sie eine künftige Führungsrolle für Bashar al-Assad vorsehen würde.

Die Haltung der VAE im Syrien-Konflikt ist weniger eindeutig. Einerseits sorgt sich Abu Dhabi ebenso wie Riad, dass der Einfluss Irans in Syrien wachsen könnte; andererseits fürchten die Emirate die starke Präsenz islamistischer Gruppen dort stärker als Saudi-Arabien.

In der Frage der Jemen-Intervention sind die Beziehungen zwischen den Golfstaaten und Ägypten komplexer. Ägypten steht dem militärischen Eingreifen kritisch gegenüber. Die Vorbehalte sind allerdings weniger prinzipieller Natur. Vielmehr scheinen sie Ausdruck der Unzufriedenheit darüber zu sein, dass Ägypten von den Golfstaaten in diesem Konflikt nur eine geringe militärische Rolle zugewiesen wurde. Denn für Sisi hätte sich durch ein stärkeres Engagement die Gelegenheit geboten, sich aus der einseitigen und nahezu vollständigen Abhängigkeit von den Golfstaaten zu befreien. Doch laut hochrangigen Beratern im Umfeld des Kronprinzen von Abu Dhabi hat man in Kairo keinen größeren Beitrag für den Jemen-Einsatz angefragt, auch wenn Ägypten nicht zögern würde, seine Beteiligung auszuweiten, sollte es darum gebeten werden. Dies scheint zu bestätigen, dass die Golfstaaten kein Interesse daran haben, im Jemen sowie auch generell von Kairos Hilfe abhängig zu sein.

Frustration über Sisis innen- und wirtschaftspolitische Bilanz

Mittlerweile ist in Riad wie in Abu Dhabi auch Kritik an der innen- und wirtschaftspolitischen Bilanz Sisis zu vernehmen. Beratern im Umfeld des katarischen Emirs zufolge herrscht in Saudi-Arabien Enttäuschung über Sisis ausbleibende Erfolge; man mache sich ernsthafte Sorgen um die Stabilität Ägyptens. Dass diese Thematik in der saudischen Elite kritisch diskutiert wird, zeigen auch Berichte in der Presse des Landes. So prangerten prominente saudische Kommentatoren im November 2015

unverblümt die nach wie vor desolaten Wirtschafts- und Finanzlage am Nil an.

In der Tat bietet Kairo Angriffsflächen für Kritik. Ägyptens Devisenreserven etwa waren im November 2015 mit 16,4 Milliarden US-Dollar kaum höher als kurz vor dem Sturz Mursis mit 14,9 Milliarden US-Dollar. In der Zwischenzeit jedoch haben Saudi-Arabien und die VAE zusammen geschätzt zwischen 25 und 41,5 Milliarden US-Dollar nach Ägypten fließen lassen, in Form von Zuwendungen, günstigen Krediten sowie Öl- und Gasprodukten. Auch in Abu Dhabi ist man sich bewusst, dass es nicht gut um die Wirtschaft Ägyptens steht. Die VAE hatten nach Mursis Sturz eine Taskforce in das Land entsandt, um dort Projekte umzusetzen, die schnell Arbeitsplätze schaffen und Menschen mit niedrigem Einkommen spürbare Verbesserungen bringen sollten. Doch in den VAE ist man sich im Klaren darüber, dass diese Projekte allein keinesfalls ausreichend sind, um das Land ökonomisch und damit auch politisch zu stabilisieren. Hochrangige Berater in Abu Dhabi gehen davon aus, dass sich die Wirtschaft Ägyptens und die Beschäftigungssituation aufgrund des starken Bevölkerungswachstums in absehbarer Zeit nicht wesentlich verbessern werden. So strömen Jahr für Jahr bis zu 800 000 junge Berufseinsteiger auf den ägyptischen Arbeitsmarkt, der diese hohe Zahl nicht absorbieren kann, weil das Wirtschaftswachstum zu schwach ist. In Abu Dhabi zeigt man sich unzufrieden darüber, dass dringend notwendige Wirtschaftsreformen von Kairo nicht schnell genug umgesetzt werden. Darüber hinaus besteht deutliche Skepsis, was die Fähigkeit des Sisi-Regimes angeht, Ägyptens Terrorismusproblem in den Griff zu bekommen.

Niedriger Ölpreis, hohe Militärausgaben

Zwischen Juli 2014 und Mitte Dezember 2015 ist der Ölpreis für die Sorte Brent um etwa 65 Prozent eingebrochen. Dadurch haben sich die Einnahmen der Golfstaaten drastisch verringert. Ihr anfänglicher Opti-

mismus, dass die Preise bald wieder steigen würden, ist inzwischen verschwunden. Hinzu kommen die Kosten für den Jemen-Krieg. Das Zusammenwirken beider Faktoren hat schon jetzt zu einem restriktiveren Ausgabeverhalten in den VAE geführt. Diese Tendenz wird von einflussreichen Unternehmen, die vor Ort aktiv sind, auch für die anderen arabischen Golfländer bestätigt. Saudi-Arabiens Führung sah sich angesichts eines (vorläufig geschätzten) Haushaltsdefizits von 98 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015 bereits genötigt, Ende Dezember die Subventionen für Benzin, Strom und Wasser zu kürzen.

Fazit: Die Golfstaaten werden ihre Hilfen für Ägypten einschränken

Besonders die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Ägypten sind momentan schwierig. Die unterschiedlichen Auffassungen beider Seiten zur Rolle der Muslimbruderschaft lassen sich kaum überbrücken. Für Saudi-Arabien ist die Wiedernäherung an die Bruderschaft Teil der eigenen Strategie gegen Iran – jenen Akteur, der in Riad als die mit Abstand größte Bedrohung gesehen wird. Hinzu kommt Sisis Position im Syrien-Konflikt, die ebenso von der Riads abweicht. Ägyptens prekäre Wirtschafts- und Sicherheitslage verstärkt den Unmut der saudischen Führung. Zugleich verringert der niedrige Ölpreis den finanziellen Spielraum Saudi-Arabiens. Daher dürfte das Königreich seine Finanzhilfen für Kairo deutlich einschränken. Ein vollständiges Kappen der Unterstützung kommt für die saudische Führung allerdings nicht in Frage. Denn damit würde Riad die Stabilität Ägyptens riskieren und den eigenen politischen Einfluss dem Land gegenüber aufs Spiel setzen.

Der zu erwartende Rückgang der Großzügigkeit Saudi-Arabiens zeigte sich bereits in dem im Dezember 2015 angekündigten neuen Unterstützungspaket für Ägypten. In Aussicht gestellt wurden darin staatliche Investitionen über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren, jedoch keine neuen Zuwen-

dungen. Außerdem umfasst das Paket eine Unterstützung bei der Deckung des ägyptischen Ölbedarfs der nächsten fünf Jahre. Dabei handelt es sich um Kredite, also wiederum nicht um Zuwendungen.

Die Beziehungen Abu Dhabis zu Kairo sind weniger angespannt, aber ebenfalls zunehmend mit Problemen belastet. Verbindend wirkt die gemeinsame Abneigung gegen die Muslimbruderschaft. Auch im Syrien-Konflikt stehen beide Seiten einander näher, als dies gegenüber Saudi-Arabien der Fall ist. Doch die Verzögerungen bei den Wirtschaftsreformen in Ägypten und die bisher ineffektiven Versuche Kairo, das Terrorismusproblem des Landes zu lösen, erzeugen zunehmend Ungeduld in den Emiraten. Der Tenor in Abu Dhabi ist daher, dass man Ägypten zwar weiterhin materiell unterstützen werde, aber bei anhaltend niedrigen Ölpreisen längst nicht mehr in dem Umfang, wie das bislang der Fall war.

Angesichts ihrer finanziellen Abhängigkeit von den Golfstaaten wird sich die ägyptische Führung bald nach ergänzenden bzw. alternativen Einnahmequellen umsehen müssen. Denn ohne die bisher großzügig gewährten Finanzhilfen, Öllieferungen und Kredite Saudi-Arabiens und der VAE wird es für Kairo deutlich schwieriger werden, die eigenen Ausgaben zu decken.

Damit zeichnet sich für Deutschland und die EU eine neue Situation ab. Bislang konnte Sisi es sich leisten, auf Unterstützung aus dem Westen zu verzichten, die an eine verbesserte Regierungsführung oder ein höheres Maß an Inklusion der unterdrückten Opposition gekoppelt gewesen wäre. Denn die Golfstaaten zahlten auch ohne solche Bedingungen. Wenn ihre Freigiebigkeit nun zurückgeht, versetzt dies Deutschland und die EU in die Lage, mittels konditionierter Unterstützung auf Ägyptens Entwicklung einwirken zu können. Damit bietet sich die Chance, eine weitere Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes zu verhindern und so das Abgleiten Ägyptens in einen gescheiterten Staat abzuwenden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364